

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erstbetrag werktägig Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mart, 9. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart, 3gesp. Reklamezeile 0,45 R.-Mart, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mart, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 2. Geschäftsstelle im Waldenburger Amt. Redaktion: Waldenburger Amt. Adressen: Waldenburger Amt. Adressen: Waldenburger Amt. Adressen: Waldenburger Amt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereichs (G. B.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetrag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Lieferer, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Sugleich weit verbreitet in den Ortshäusern der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkburg und Ziegelheim.

Nr. 41

Dienstag, den 18. Februar 1930

52. Jahrgang.

## Die Führer der deutschnationalen Volkspartei bei Hindenburg.

Am Sonnabend fand im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt.

Die Hauptversammlung der Reichsbank genehmigte den Geschäftsabluß für 1929.

Nach dem neuen Bergarbeitsgesetz beträgt die Arbeitszeit für Bergarbeiter 7 1/2 Stunden.

Am Sonnabend kam es in Berlin zu schweren Kommunistenunruhen.

Im preussischen Wahlrechtsprozeß wird heute Montag das Urteil verkündet.

Der deutsche Pressedezernent im Völkerbundsekretariat, Dr. Beer, ist zurückgetreten.

In Saarbrücken starb im Alter von 75 1/2 Jahren Professor Dr. Koppersberg, der Geschichtsschreiber des Saargebiets.

Ueber ganz Holland lag am Sonnabend dichter Nebel.

Der Untersuchungsausschuß über die „Italia“-Katastrophe veröffentlicht ein vernichtendes Urteil über General Robile.

Der König von Spanien erklärte die Nationalversammlung für aufgelöst.

Das spanische Innenministerium dementiert die Meldungen von Unruhen in Sagunt.

Waldenburg, 17. Februar 1930.

Die Londoner Flottenkonferenz tritt am Dienstag in die fünfte Verhandlungswoche ein. Das Ergebnis der ersten vier Wochen sind vier Denkschriften. Nur Italien, das sich bisher überhaupt im Hintergrund gehalten hat, hat darauf verzichtet, seine Wünsche in einer Denkschrift niederzulegen. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen. Man hat es in London nicht eilig und kann geduldig warten. Vorläufig hat man noch nicht einmal die französische Denkschrift verdaut. In dieser Denkschrift hat Frankreich aufs neue jedes Nachgeben in der Frage der Flottenstärke von „politischen Garantien“ abhängig gemacht. Damit ist wiederum die politische Frage in den Vordergrund geschoben worden.

Frankreich befindet sich bei seiner Forderung in einer sehr starken Stellung. England hat als einladende Macht ein besonderes Interesse daran, daß die Konferenz zu einem positiven Ergebnis gelangt. Die englische Arbeiterpartei hat überdies noch ein besonderes Interesse daran, mit der Flottenfrage zugleich das Problem England-Amerika zu lösen, dem die konservative Regierung nicht beizukommen vermochte. Andererseits ist auch Amerika so stark an der Vorbereitung der Konferenz beteiligt, daß auch der amerikanischen Regierung daran gelegen sein muß, zu einem Ergebnis zu gelangen.

Unter Ausschaltung von Japan und Italien haben deshalb England und Amerika neue Verhandlungen mit Frankreich aufgenommen, in denen festgestellt werden soll, unter welchen politischen Bedingungen Frankreich zu Abstrichen bereit ist. Es hat bereits eine grundlegende Besprechung stattgefunden, bei der sich Macdonald durch Hinzuziehung Hendersons und des Marineministers Alexander, Stimson durch Hinzuziehung des Senators Robinson und des Vizepräsidenten Morrow verstärkten, während für Frankreich Lardieu und Briand teilnahmen. Das Wochenende hat diese Verhandlungen unterbrochen, doch dürften sie im Laufe dieser Woche fortgesetzt werden.

Deutschland hat ein besonderes Interesse daran, diese Verhandlungen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, weil davon auch der Locarno-Pakt berührt werden kann. In dem Locarnovertrag hat England die durch den Versailleser Vertrag festgesetzte Rheingrenze bekanntlich garantiert. Diese Garantie ist aber doppelseitig. Sie sichert nicht nur Frankreich englische Hilfe im Fall eines deutschen Angriffs zu, sondern sie gibt auch Deutschland die gleiche Sicherheit gegen französische Raubgelüste. In seiner Denkschrift hat nun Frankreich einen Krieg zwischen Frankreich und England oder Amerika als undenkbar bezeichnet. In diesem Sinne soll offenbar auch der politische Pakt gehalten sein, von dem Frankreich Abstriche an seinem Flottenprogramm abhängig machen will. Der Pakt kann doch nur einen Sinn haben, wenn sich Amerika und insbesondere England darin verpflichten, sich jedes

Angriffs gegen Frankreich zu enthalten. Damit würde sich England aber in Widerspruch mit dem Locarno-Pakt setzen, der unter gewissen Umständen kriegerische Maßnahmen Englands gegen Frankreich vorsieht. Bei der Insellage Englands ist dabei eine Mitwirkung der englischen Flotte selbstverständlich.

Die französische Denkschrift hat übrigens in Italien peinlichstes Aufsehen erregt. Man empfindet es als taktlos, daß Frankreich einen Krieg mit England und Amerika für unmöglich erklärt, Japan und Italien dabei aber nicht erwähnt. Japan kann in Anbetracht seiner geographischen Lage bei dieser Erörterung außer Betracht bleiben. Die Nichterwähnung Italiens kann aber doch nur bedeuten, daß Frankreich einen Krieg mit Italien durchaus für denkbar hält, und daß sich letzten Endes der von England und Amerika geforderte Sicherheitspakt gegen Italien richten soll. Die Wirkung der französischen Denkschrift dürfte daher sein, daß Italien nunmehr aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraustritt und stärker als bisher seine Forderungen geltend macht.

### Der Youngplan im Ausschuß.

Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.

Der vereinigte Auswärtige und Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die allgemeine Aussprache fort. Nach den Ausführungen eines kommunistischen Redners sprach für die Deutschnationalen Dr. Duack. Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten, so erklärte er, bestehe darin, daß auch der Youngplan von den Regierungsparteien nur als Provisorium bezeichnet werde, während er nach seiner ganzen Entstehung und nach seinem Wortlaut eine endgültige Lösung herbeiführen wolle. Die Ablehnung der Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten sei der beste Beweis für das schlechte Gewissen der Regierungsparteien.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat, die Frage der Endgültigkeit in Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen zu besprechen. Entscheidend sei der Vergleich zwischen den Jahresleistungen des Dawesplanes und des Youngplanes. Der Unterschied betrage im Durchschnitt 500 Millionen Mark, bei Berücksichtigung der Wohlstandsrichtzahl 700 Millionen Mark.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, der dann das Wort nahm, kam zu dem Ergebnis, daß insgesamt 40 Millionen Reichsmark als Mehrbelastung gegenüber dem Dawesplan für die Besetzungs- und Räumungskosten zu berechnen seien. Infolge der rascheren Räumung der zweiten Zone werde die Mehrbelastung sich sogar auf etwa 30 Millionen Reichsmark vermindern.

Dann sprach Reichswirtschaftsminister Schmidt. Die letzten zehn Jahre hätten den Beweis einer starken Schaffenskraft des deutschen Volkes geliefert. In den großen Industriezweigen sei eine Zunahme der Erzeugung aufzuweisen, die über die Zunahme in England hinausgehe, obwohl dieses keine Reparationen aufzubringen habe.

### Der preussische Wahlrechtsstreit.

Montag mittag Urteilsverkündung.

In der Sonnabendverhandlung der Klage des völkisch-nationalen Blocks und der Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preußen wegen des preussischen Landeswahlrechts ergriff zunächst Ministerialdirektor Dr. Badt, der Vertreter Preußens, das Wort. Badt verwies darauf, daß das Reichswahlgesetz ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz sei, weil seine Annahme durch die Nationalversammlung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit erfolgt sei und daß fernergemäß das preussische Wahlgesetz, das wörtlich dem Reichswahlgesetz nachgebildet sei, jedenfalls mit den Bestimmungen der Reichsverfassung vereinbar sein müsse.

Das Reichswahlgesetz enthalte die authentische Auslegung der Artikel 22 und 17 der Reichsverfassung. Die gleiche Auslegung ginge auch aus dem preussischen Wahlgesetz hervor. Wichtig sei, daß die preussische Regierung nicht in der Lage sei, nachzuweisen, daß in der

dritten Lesung des preussischen Wahlgesetzes in der gesetzgebenden Landesversammlung vom 31. Mai 1920 dieses neue Gesetz mit der qualifizierten Mehrheit angenommen worden sei.

Den Ausführungen des preussischen Regierungsvertreter Dr. Badt trat Senatspräsident a. D. Dr. Dobe entgegen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Frage behandelt, was die preussische Regierung zu tun gedenke, wenn der Staatsgerichtshof ihre Anträge ablehnen würde.

Dr. Badt erklärte hierzu, daß die preussische Regierung ein ihre Ansprüche abweisendes Urteil nur in der Weise ausführen könne, daß sie eine Vorlage zur Aenderung des Wahlgesetzes dem Parlament zuleite. Die Verteilung der Sitze im Preussischen Landtag könne hingegen nur durch den Landeswahlauschuß erfolgen, der wieder nur die Verteilung auf Grund des geltenden Wahlgesetzes vornehmen könne.

Oberstudiendirektor Bauer stellte hierauf fest, daß die preussische Regierung sich weigere, den Spruch des Staatsgerichtshofes zu erfüllen. Dies nahm Dr. Bumke zum Anlaß, um zu erklären, daß der Staatsgerichtshof unter keinen Umständen sich in seinen Entscheidungen beeinflussen lassen würde, daß irgendwelche Instanz oder gar das Parlament des größten deutschen Landes seinem Spruch die Gefolgschaft versagen würde.

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes sind damit abgeschlossen. Die Urteilsverkündung ist auf Montag 12 Uhr fortgesetzt.

### Länder und Finanzreform.

Besprechung im Reichsfinanzministerium.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hatte der Reichsfinanzminister für Sonnabend die Finanz- und Innenminister der Länder zu einer Besprechung der schwebenden allgemeinen Finanzfragen im Reich und in den Ländern gebeten. Im einzelnen wurden die Aufstellung der Haushalte in Reich, Ländern und Gemeinden und die Wege zur Deckung der Haushalte erörtert. Weiter wurden die Möglichkeiten geregelter Anleihegebung im Zusammenhang mit der Fortführung und dem Umbau der Beratungsstelle für Auslandskredite beraten. Dabei wurde Uebereinstimmung über die Aufrechterhaltung der Beratungsstelle bis zur Verabschiedung des Haushalts 1930 erzielt, um die gründliche Prüfung der im übrigen vorliegenden Vorschläge zu sichern.

### Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht machte in der Generalversammlung der Reichsbank am Sonnabend Ausführungen zu den Ziffern der Bilanz. Er wies auf die große Goldbewegung des Jahres 1929 hin, in dem über 1,5 Milliarden Mark, das heißt mehr als 500,000 Kilogramm Gold über die deutsche Grenze gegangen seien. Bis Ende 1929 seien 1,6 Milliarde Rentenbankcheine getilgt worden.

Von Monat zu Monat macht sich die Verminderung der Aufträge auf der Marinewerft in Wilhelmshaven immer mehr bemerkbar. Jetzt ist wieder 150 Arbeitern die Kündigung zugestimmt worden. Zum 1. März erwarten weitere 300 Mann ihre Entlassung.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist das Hamburger Parliamentshaus der kommunistischen Partei am Valentinstag vor etwa 10 Tagen an den Hamburger Staat verkauft worden. Der Kaufpreis habe rund 360,000 M. betragen, die zum größten Teil in Schuldverschreibungen des Hamburger Staates entrichtet worden seien.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm am Freitag den Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes an, den die Reichsregierung im Anschluß an das Arbeitsschutzgesetz vorgelegt hatte. Die Arbeitszeit für Bergarbeiter wird in diesem Gesetz auf 7 1/2 Stunden beschränkt, es wird jedoch die Möglichkeit einer Verlängerung zugelassen.

Im großen Saale des Reichsfinanzministeriums in Berlin fand am Sonnabend Vormittag die angekündigte Konferenz